

in einem nicht recht überschaubaren Massenbetrieb, der gewöhnlich noch in die größere Organisationsform einer Universität hineingebunden ist.

In ihrer konkreten Wirklichkeit unterliegen Modelle mehr oder weniger den Bedingungen und Gegebenheiten einer bestimmten Situation. Das darf auch bei der vorliegenden Darstellung nicht vergessen werden, der es auf die Grundlinien eines allerdings wirklichen Versuches ankam. Nur so können Sinn und Wert des vorgestellten Modells für eine echte Neuordnung der theologischen Ausbildung richtig erkannt und genützt werden.

ROBERT ADAM

Kirchenstatistik der USA

Zunahme der Katholiken, Abnahme der geistlichen Berufe und katholischen Schulen.

Infolge der auf verfassungsmäßiger Grundlage beruhenden Trennung von Staat und Kirche gibt es in den USA nur unvollständige Statistiken über die verschiedenen Religionsgemeinschaften. Das vom Department of Commerce, Bureau of the Census, zuletzt im August 1970 herausgegebene *Statistical Abstract of the US* (Statistisches Jahrbuch) berichtet auf Seite 41 nur von Religionsgemeinschaften mit einer Mitgliederzahl über 50.000, soweit diese berichten. Meist ist das Jahr 1968 oder das Jahr 1969 zugrunde gelegt. Vergleiche scheiden aus, weil die Zählmethoden zu verschieden sind. Die meisten protestantischen Kirchen (nicht z. B. die Lutheraner und die Episkopalianer) zählen nur Personen, die die volle Mitgliedschaft erreicht haben; so taufen die Baptisten erst nach Vollendung des Kindesalters. Die östlichen Kirchen hingegen zählen alle, die nach ihrer Nationalität zu ihnen gehören. Die Christlichen Wissenschaftler (Christian Scientists) geben überhaupt keine Zahlen bekannt, da ihnen nach ihrer religiösen Überzeugung das „Zählen von Personen“ verboten ist.

Das *Year Book of American Churches* gibt in der Ausgabe von 1971 für die katholische Kirche folgende Zahlen bekannt (auszugsweise):

Jahr	Zahl der Katholiken	in Prozenten der Gesamtbevölkerung
1926	18 605 003	16,0
1940	21 284 455	16,1
1950	28 634 878	18,9
1955	33 396 647	20,3
1960	42 104 900	23,3
1965	46 246 175	23,8
1969	47 872 089	23,9

Da die Bevölkerung von 117 Millionen im Jahre 1926 auf 306 Millionen im Jahr 1970 (letzte Volkszählung) zugenommen hat, ist das starke Anwachsen der Katholiken deutlicher aus dem Ansteigen des Hundertsatzes, den sie an der Gesamtbevölkerung einnehmen, zu sehen.

Nicht so erfreulich sieht die Lage des Katholizismus in anderen Richtungen aus. Das *Official Catholic Directory*, hg. von P. J. Kennedy and Sons, gibt nach dem Stand vom 1. Jänner 1971 für das Jahr 1970 folgende Zahlen bekannt:

Die Zahl der Priester ging um 1031 zurück auf	58.161
die Zahl der Nonnen um 7268 zurück auf	153.645
die Zahl der Brüder um 1467 zurück auf	10.156

Die Studierenden der Theologie sind von 48.992 des Jahres 1956 fast um die Hälfte zurückgegangen. Der Mangel macht sich umso fühlbarer bemerkbar, als von den amtierenden Geistlichen ein zunächst noch unbedeutender, aber anscheinend im Zunehmen begriffener Teil aus dem Priesterstand ausscheidet.

An den öffentlichen Schulen darf kein Religionsunterricht erteilt werden. Selbst das Schulgebet bei Beginn des Unterrichts wurde in der Entscheidung des Supreme Court vom 15. Juni 1962 als verfassungswidrig erklärt, wobei nur ein Richter von den neun Mitgliedern des Gerichts abweichender Meinung war. Diese Einstellung ist nicht auf eine religionsfeindliche Haltung zurückzuführen, sondern auf die durch die Einwanderung aus vielen Ländern hervorgerufene hochgradige Mischung der Glaubensbekenntnisse. In der Entscheidung wird auf die Bürgerkriege verwiesen, die die staatliche Gebetsregelung im Mutterland England zur Folge gehabt hatte. „Es ist“, so heißt es in der Entscheidung, „weder gotteslästerlich noch antireligiös, auszusprechen, daß jede Regierung in diesem Land sich von der Aufgabe heraushalten soll, irgendein offizielles Gebet zu verfassen oder zu sanktionieren, und daß sie diese rein religiösen Aufgaben dem Volk selbst und denen, die das Volk für seine religiöse Führung wählt, überlassen soll.“

Das an scheinbaren Widersprüchen so reiche öffentliche Leben in den USA zeigt sich auch auf religiösem Gebiet, wovon sich jeder Besucher überzeugen kann. Jede Sitzung des Kongresses wird mit Gebet eines Geistlichen eröffnet, häufig auch öffentliche Veranstaltungen wie Kongresse, Diners. Bei der Amtseinführung von Präsident Kennedy 1961 und von Präsident Johnson 1966 sprachen nicht weniger als vier Geistliche (ein protestantischer, ein katholischer, ein jüdischer und ein griechisch-orthodoxer), so daß man streckenweise den Eindruck hatte, einer religiösen Feierlichkeit beizuwohnen. Der Standpunkt des Supreme Court in der Frage des Schulgebets wurde von katholischer Seite heftig bekämpft, in geringerem Maß auch von protestantischen Kirchengemeinschaften, während das National Council of Churches, das für 31 protestantische Sekten mit über 40 Millionen Mitglieder spricht, die Haltung des Gerichts gestützt hat; Gebete in den Schulen seien ein bedenklicher Schritt in Richtung einer vom Staat gelenkten Religionsausübung.

Eltern, die ihren Kindern eine katholische Erziehung gewähren wollen, senden sie auf eigene Kosten in Schulen ihres Glaubensbekenntnisses, ohne daß sie eine steuerliche Erleichterung seitens des Bundes, der 50 Gliederstaaten oder lokaler Körperschaften dafür erhalten. In den letzten Jahren sind einige Ausnahmen bewilligt worden, z. B. hinsichtlich Beförderung der Schüler mit Bussen, Zuschüssen für Verabreichung von Mittagessen und Milch, kostenlose Verteilung von Lehrbüchern. Präsident Johnson hat angesichts der hohen Bedeutung der Schulen der religiösen Gemeinschaften, unter denen die katholische sowohl hinsichtlich Quantität als auch Qualität weitaus an der Spitze steht, den Weg beschritten, die Schüler in Unterrichtsfächern, die für die weltanschauliche Einstellung nicht von Bedeutung sind, wie Mathematik, Geologie, Sprachen, am Unterricht der öffentlichen Schulen teilnehmen zu lassen, um die Schulen der religiösen Gemeinschaften zu entlasten.

Aber diese Aushilfsmittel, so dankbar sie von kirchlicher Seite angenommen wurden, reichen nicht aus, um das allmähliche Absinken insbesondere der katholischen Schulen sowohl auf finanziellem Gebiet als auch in der Qualität der Leistungen aufzuhalten. Die Beiträge, die die religiösen Schulen von den Eltern verlangen müssen, können nicht entsprechend dem vorliegenden Bedarf gesteigert werden, weil sonst zu befürchten ist, daß viele Eltern ihre Kinder in öffentliche Schulen, die bis zum 12. Schuljahr kostenlos sind, senden würden.

Zum Verständnis der im folgenden aufgeführten Zahlen ist eine kurze Ausführung über den Aufbau der Schulen in den USA nötig. Nach der sechsjährigen Volksschule (elementary school) folgt die sechsjährige high school, meist getrennt in eine

dreijährige junior und eine dreijährige senior high school. Die wörtliche Übersetzung dieses Begriffs mit „Hochschule“ trägt immer wieder zu der Verwirrung bei, in die der am amerikanischen Schulsystem interessierte Besucher verstrickt wird. Die high school entspricht ungefähr den ersten sechs Klassen der westeuropäischen Mittelschulen. Da die Schulpflicht sich in den meisten der 50 Gliedstaaten bis zum 16., in einigen bis zum 17. und 18. Lebensjahr erstreckt, stehen die USA insofern über den Schulsystemen anderer Länder, als sie jedem Kind wenigstens einige Jahre einer Mittelschulbildung gewähren, selbst wenn es schon in der Volksschule repetieren mußte. Zwischen der high school und der Universität im westeuropäischen Sinn liegt meist der vierjährige Besuch eines College, einer Ausbildungsinstitution, die Westeuropa fremd ist. Für die meisten Berufe, die eine akademische Ausbildung im westeuropäischen Sinn voraussetzen, wird Absolvierung eines College verlangt. Da aber viele Universitäten ein College einschließen, wird das College zur höheren Ausbildung (higher education) gerechnet, obwohl es in Wirklichkeit nicht viel mehr ist als die letzten drei Jahre einer neunjährigen Mittelschulbildung.

Die katholische Kirche unterhält nicht nur Volksschulen und high schools, sondern auch Colleges und Universitäten. Der Aufwand hierfür kann von den Eltern auch nicht entfernt getragen werden. Schon im Jahr 1960 beliefen sich die Kosten der katholischen Schulen ohne Colleges und Universitäten auf 2,3 Md. \$, für den einzelnen Schüler auf 440 \$. Die Preissteigerungen infolge der Inflation, der Rückgang bzw. Stillstand vieler Wirtschaftszweige in den letzten eineinhalb Jahren, die hohe Arbeitslosigkeit haben die Einnahmen der religiösen Gemeinschaften ungünstig beeinflußt. Steuern können sie nicht erheben, von öffentlicher Hand erhalten sie keine Zuschüsse. Sie sind daher fast vollständig auf die freiwilligen Gaben ihrer Bekenner angewiesen. Diese Entwicklung hat sich vor allem auf das Schulwesen ausgewirkt. Folgende Zahlen werden bekanntgegeben: Die Einschreibungen in den katholischen Schulen einschließlich der Colleges waren am 1. Jänner 1971 um 295.533 unter dem Stand des Vorjahres. Seit dem Höchststand des Jahres 1965 sind die katholischen Schulen einschließlich der Colleges um 2003 zurückgegangen, die Schülerzahl ist um 1,2 Millionen auf 4,9 Millionen gesunken. Selbst der Staat Pennsylvanien, der auf schwankender Verfassungsgrundlage seit 1968 den religiösen Schulen mit Zuschüssen zu den Lehrergehältern, Büchereien und zu sonstigem Lehrmaterial hilft, verzeichnet einen leichten Rückgang von 1094 katholischen Volksschulen im Jahr 1969 auf 1070 im Jahr 1970; die Einschreibung ging von 497.546 auf 471.606 zurück; aber Pennsylvanien bietet weitaus das günstigste Beispiel, besser gesagt, das am wenigsten ungünstige.

Zum ersten Male überwiegen im laufenden Jahr die Laienlehrer die Priester, Nonnen und Brüder, die früher fast ausschließlich unterrichtet haben. Laienlehrer sind nur zu gewinnen, wenn sie ein Gehalt bekommen, das sich dem an den öffentlichen Schulen einigermaßen annähert.

Es wäre tief zu bedauern, wenn der hohe Stand der katholischen Schulen auf die Dauer nicht gehalten werden könnte. In ihrem Bestreben, Beihilfe von staatlicher Seite zu erhalten, können sie darauf hinweisen, daß das Eingehen der Schulen dem Bund, den Gliedstaaten und lokalen Körperschaften eine Neubelastung von vielen Milliarden Dollar bringen würde, ohne daß die Gewähr gegeben wäre, daß die öffentlichen Schulen den hohen Stand der katholischen Schulen erhalten könnten.